



Vorläufige Übersetzung

französischsprachiger Beiträge der Brennpunkt- Veranstaltung Kongo vom 8. Juni 2021

Schwache Regierungsführung und sexualisierte
Kriegsgewalt im Kongo – und kein Frieden in
Sicht?!

[00:02:22 - 00:06:02] Helle Dossing:

Ich werde jetzt auf Französisch weitersprechen. Wir haben heute Abend Teilnehmer aus der Demokratischen Republik Kongo und ich heiße Sie herzlich willkommen und wirklich ein ganz besonders herzliches Willkommen an Julienne Lusenge, Professor Dr. Nene Morisho.

Die Mukwege-Resolution sowie der ebenfalls 2019 erschienene Film „Friedenskämpfer“ von Susanne Babilla wurden vom deutschen Publikum sehr gut aufgenommen und haben zur Gründung der Kongo-Kampagne geführt. Anlässlich des Welttages zur Beseitigung sexualisierter Gewalt gegen Frauen am 25. November 2020 kam das Motto „Stopp mit der Vergewaltigung als Kriegswaffe“ auf.

Dieser Slogan muss im Kontext des Konflikts in der Demokratischen Republik Kongo betrachtet werden. Seit 25 Jahren ist der Osten der Demokratischen Republik Kongo Schauplatz eines bewaffneten Konflikts, in dem unzählige Kriegsverbrechen begangen wurden, darunter Menschenrechtsverletzungen und sexualisierte Gewalt. Diese Gewalt ist eine Gewalt, deren Folgen besonders schlimm sind, sowohl für jeden Einzelnen als auch für die Gesellschaft. Die Konsequenzen sind besonders schlimm. Leider hat der Mapping Report der UNO von 2010, dessen Beobachtungen zwischen 1993 und 2003 stattgefunden haben und das unter anderem die begangenen (sexualisierten) Gewalttaten beschreibt, die begangen wurden und weiterhin begangen werden, nicht viel gebracht, die Empfehlungen sind bis heute nicht umgesetzt worden. Heute ist die Kongo-Kampagne ein Zusammenschluss verschiedener zivilgesellschaftlicher Vereine, deren Arbeit auf drei strategischen Säulen aufbaut: der politischen Arbeit, der Öffentlichkeitsarbeit und der Mobilisierung durch Petitionen und Kampagnen in sozialen Netzwerken. Damit man diese Zukunft erreicht... Entschuldigung. Die Vision, der Kampagne, die sich in diesem Zukunftsbild widerspiegelt, ist ein Bild, bei dem die Frauen ein selbstbestimmtes Leben mit ihrer Familie führen können – ohne Angst, in Frieden, ohne Gewalt und ohne sexualisierte Gewalt. Damit wir zu dieser Zukunft gelangen, müssen wir mit der Straflosigkeit brechen und dafür sorgen, dass die Menschenrechtsverletzungen durch unabhängige Gerichte verfolgt werden. Außerdem sind die Bundesrepublik Deutschland und die

Europäische Union als Nutznießer der Rohstoffe des Konflikts der Demokratischen Republik Kongo in der Verantwortung in der Dem. Rep. Kongo eine menschenrechtskonforme Wirtschaft zu verteidigen, insbesondere im Hinblick auf das Recht auf Gesundheit, auf die körperliche Unversehrtheit, auf den Zugang zum Recht und die persönliche Sicherheit. Die Weltgemeinschaft hat sich in zahlreichen Abkommen verpflichtet, diese Rechte zu beachten, zu verbreiten und zu schützen und hat dies auch immer wieder bestätigt und dieses bezieht sich auf alle Menschen – auch auf die Frauen und die Kinder des Kongos.

[00:19:34 - 00:27:12] Julienne Lusenge:

Ja, natürlich. Ich habe die Übersetzung freigeschaltet. Wir haben ein bisschen Verbindungsprobleme, entschuldigen Sie bitte. Vielen Dank. Also mein Vortrag wurde eigentlich schon gehalten. Also die Situation in der Demokratischen Republik Kongo ist so, wie die andere Panelistin schon sagte. Sie hat diese Situation wirklich sehr treffend beschrieben. Wie Sie wissen, ist unser Land schon seit Langem im Krieg und unserer Gesellschaft wurden die Gliedmaßen amputiert. Die Stimmung und die Bräuche wurden im Grunde zerstört, weil sich mit den Kriegen die jungen bewaffneten Leute, die Milizen, sich eigentlich alles erlauben. Es gibt alle möglichen Gruppen – sowohl einheimische als auch ausländische, die einfach weitermachen und Verbrechen begehen, sehr schlimme Verbrechen sogar, ganze Bevölkerungen dezimieren. Aber trotz allem sind wir, die Frauen, die Bevölkerung, wir sind immer aufgestanden, um zu kämpfen, um dem ein Ende zu setzen. Aber leider gibt es mächtigere Hände, die weitermachen und die diesen Krieg weiterführen. Das ist eigentlich ein wirtschaftlicher Krieg, der auf unseren Ressourcen basiert. Da heute alles, was wir an Telefonen haben und Computern, Elektroautos... das sind die Erze, die Rohstoffe, die hierherkommen. Die, diese Erze verwenden, denken leider nicht daran, zumindest die meisten nicht, an die kongolesischen Frauen, die den Preis dafür zahlen müssen, um diese Schmuckstücke zu haben. Die sexualisierte Gewalt wird als Kriegswaffe verwendet und sie wird – ich sagte es bereits, unsere Gesellschaft ist völlig demontiert – nicht nur durch die Miliz begangen sondern auch durch Zivilpersonen. Es waren nämlich unter der Zivilbevölkerung viele, die Teil einer Miliz waren, die von sich sagten, sie seien demobilisiert und die unvorbereitet in ihre Gemeinden zurückgekehrt sind. Sie fahren fort, diese Verbrechen zu begehen – genauso wie damals als sie noch bei der Miliz waren. Da gibt es immer welche, die denken, um Macht oder Geld zu erhalten, müssen sie diese Verbrechen begehen, diese Vergewaltigungen, diese sexualisierte Gewalt oder sonstige Art von Gewalt auf dem Rücken der Kinder und Frauen. Zum Beispiel letztes Jahr im ersten Quartal gab es in unserem medizinisches Zentrum 154 Fälle -während der ersten drei Monate!- und unter diesen 154 Fällen waren 105 Kinder, Minderjährige, die Opfer sexualisierter Gewalt waren. Jedes Jahr sind das mehr als 600 Fälle.

Das sind Opfer von sexualisierter Gewalt und in diesen 600 Fällen haben wir mindestens fünf Prozent, die Männer sind, junge Kinder, Papas, alte Männer, aber die große Mehrheit, das sind Frauen, junge Frauen, die leider mit diesen Gräueltaten leben, die eigentlich als sexualisierte Sklavinnen gehalten werden, die zwangsverheiratet werden durch diese bewaffneten Gruppen. Zudem kommen noch die ganzen Traumata, weil diese Verbrechen vor der Familie begangen werden, vor dem Ehemann, vor den Kindern, teilweise vor dem Stiefsohn und teilweise wird auch verlangt, dass die anwesenden Familienmitglieder, die Vergewaltigung vornehmen müssen, dass sie die Frauen und die Mädchen vergewaltigen. Und all das, diese Traumata, die dauern Jahre lang an und unsere Kinder sind geboren in diesem Krieg, wachsen in diesem Krieg auf und bekommen Kinder in diesem Krieg. Deswegen wird es immer schwieriger für uns, weiterzumachen. Wir versuchen, weiterzumachen und unsere Angebote umzusetzen. Zum Beispiel, die Frauen auszubilden zu ihren Rechten und zu den Gesetzen, die sexualisierte Gewalt verurteilen. Wir bieten Fortbildungen in den Schulen an: über das Gesetz, über die Anzeichen einer Vergewaltigung, darüber, was eine Vergewaltigung ist, was vom Recht als Vergewaltigung anerkannt wird... Das ermöglicht es den Frauen, den Mädchen, all denjenigen, die Opfer solcher Akte sein können, sie anzuzeigen. Wir organisieren auch Fortbildungen mit den Häuptlingen, um ihnen zu erklären, dass dies Verbrechen sind und dass ein Verbrechen bestraft werden muss. Wir organisieren auch Sendungen bei lokalen Radiosendern, um zu informieren, um vereinfacht darzustellen, was die Konsequenzen dieser Verbrechen sind und auch das Gesetz, was diese sexualisierte Gewalt verurteilt, zu erklären. Wir versuchen unser Bestes, um diese Personen zu unterstützen, unsere Organisation bieten einen ganzheitlichen Service, für Frauen, die Opfer sexualisierter Gewalt geworden sind. Wir sind da, um den Frauen zu helfen, von morgens bis abends, jeden Tag. Und manchmal, ohne Mittel, müssen wir selbst etwas dazugeben, um den Bedürfnissen, der Frauen oder der Mädchen oder der Kinder, die ankommen, gerecht zu werden. Und machen manchmal haben wir zweijährige Kinder, die völlig durch Erwachsene zerstört ankommen. Diese Problematik der sexualisierten Gewalt ist für uns wirklich zentral und wir sagen immer wieder und wir schreien, wir schreien, immer, seit Jahren. Wir sehen, dass große Demonstrationen organisiert werden, dass Gipfel abgehalten werden, aber nie schaffen wir es, dem ein Ende zu bereiten und jetzt ist es Zeit, zu handeln; jetzt müssen wir das Ganze beenden. Aber es geht weiter. Also fragen wir uns, sagt man uns die Wahrheit in all diesen Treffen oder lenkt man uns ab mit Konferenzen, und währenddessen lässt man zu, dass Unternehmen diesen Krieg weiter anheizen? Weil diese Weltarmee, die die Vereinten Nationen sind, kann doch nicht von so kleinsten zersprengten Gruppen besiegt werden. Wir wissen, dass unser Land geplündert wurde, unsere Regierung, unsere Armee, geschwächt wurde und das seit vielen Jahren. Und als wir dann gefragt haben, ob die Milizen in die Armee integriert werden können, haben wir unsere Armee selbst getötet. Und seitdem haben wir Sorgen, unsere Arme schafft es eigentlich nicht,

den Feind zu bekämpfen. Die Länder der ganzen Welt müssen uns helfen. Wir zählen auf die Solidarität von Ihnen allen, um weiter diese Geißel zu bekämpfen.

[00:29:21 - 00:31:10] Nene Morisho:

Hören Sie, ich denke, wir haben wirklich schwere Momente durchlebt während der letzten zwei Wochen: Der Vulkanausbruch und alle Erdbeben, die darauf gefolgt sind. Ich habe Goma am selben Tag verlassen, an dem Tag, als uns gesagt wurde, dass das möglich ist und ich war ungefähr sieben bis acht Stunden unterwegs zur Grenze – auch um meine Familie nach Kigali zu bringen. Viele Familien aus Goma sind nach Kigali gegangen, wir haben wirklich Glück gehabt, weil wir unsere Familien nach Kigali haben mitbringen können. Viele Kongolesen aus Goma sind in die umliegenden Dörfer gegangen und die leben wirklich unter schrecklichen Bedingungen. Denn die Regierung hat die Evakuierung der Stadt verlangt, ohne sich um die Versorgung der Bevölkerung in den umliegenden Dörfern zu kümmern. Und dort gibt es wirklich nichts und nach einigen Tagen gab es bereits die ersten Cholerafälle, weil eben keine medizinische Struktur vor Ort, es kein Wasser in der Stadt gibt. Daher ist sehr schnell, noch bevor der Gouverneur das autorisiert hat oder bevor die Regierung das erlaubt hat, die Bevölkerung schon zurückgekehrt, weil da, wo sie waren, da war nichts, keine Struktur vorhanden, die Familien begleitet oder unterstützt. Ich habe wirklich das Glück, dass meine Familie in Kigali ist und es ihr gut geht und ich bin glücklich, an dieser Debatte teilnehmen zu können.

Danke.

[00:33:54 - 00:39:56] Julienne Lusenge:

Vielen Dank, das ist sehr wichtig für uns, das Recht. Es gibt nämlich keinen Frieden ohne Recht, der Frieden nährt sich von Recht und das Recht konsolidiert den Frieden. Deswegen ist es für uns wichtig, dass die Täter vom Recht verurteilt werden, dass sie bestraft werden. Deswegen haben wir gefragt, dass diese Menschen bestraft werden. Wir haben mehrere Fälle während des Gerichtsverfahrens begleitet, wir haben einige auf nationaler Ebene gewonnen. Auf internationaler Ebene haben wir haben mehrere Fälle juristisch vor den Gerichtshof in Kopenhagen begleitet, wir haben die Zeugnisse der Frauen vor Gericht gebracht. Wir haben nicht das erhalten, was wir erwartet haben, man hat nur eine einzige Person wegen sexualisierter Sklaverei verurteilt. Aber wenn Frauen von bewaffneten Gruppen festgehalten werden, ist das mehr als sexualisierte Sklaverei, es gibt die Zwangsheirat, es gibt die Gruppenvergewaltigung, es gibt die Zwangsarbeit und es wird alles an den Frauen begangen. Wir wollen, dass es wirklich eine schlimme Strafe gibt, aber das wurde nicht gemacht. Doch auf

nationaler Ebene haben einige Richter korrekt ihre Arbeit getan. Es gibt einige Richter, die wirklich die Täter bestrafen. Aber es gibt auch diejenigen, die sich damit begnügen, wesentlich geringere Strafen zu geben als gesetzlich vorgesehen ist. Die geben zum Beispiel, wenn das Gesetz aktuell zwischen fünf und zwanzig Jahren verlangt, drei Monate, sechs Monate oder sie lassen sogar die Täter davonkommen und dagegen kämpfen wir seit vielen Jahren. Wir schreiben Briefe oder wir organisieren Treffen mit Richtern, um über diese Fragen zu diskutieren. In Bunia und Beni organisieren wir Rahmentreffen, um mit den Richtern zu sprechen, um zu verstehen, warum es für die Frauen solche Hindernisse auf dem Weg zu ihrem Recht gibt. Was fehlt? Was kann man tun? Das ist das, was wir machen und das hat uns geholfen, einige Gerichtsurteile zu erhalten. Wir haben auch die Frauen juristisch geschult und das hat es den Opfern ermöglicht, am Prozess teilzunehmen. Sie werden selbst so Aktivistinnen, weil sie ihre Rechte verteidigen. Sie verfolgen alles, sie gehen zum Gericht, um zu sehen, wie weit man mit dem Fall ist, warum es nicht vorangeht. Und dann organisieren wir auch einige Debatten und die Opfer, also, die Frauen, die Opfer sind, die können mit den Richtern diskutieren, um zu erfahren, warum das so passiert ist, warum er statt 15-20 Jahren nur sechs Monate erhalten hat... Das hat wirklich geholfen, die Richter und die Opfer näher zu bringen. Diese Richter, die sich trotzdem für zu wichtig halten, unantastbar... Wir haben auch einiges organisiert und organisieren auch jetzt noch etwas, was wir „Wandergerichte“ nennen. Damit meinen wir, dass wir die Gerichte in die Dörfer bringen, wo die Verbrechen begangen worden sind, damit das ganze Dorf diesem Gerichtsprozess folgen kann und damit auch die Frauen am Prozess teilnehmen können, damit sowohl die Opfer als auch die Täter als auch die Zeugen da sind und damit Leute dort verurteilt werden, wo sie das Verbrechen begangen haben. Sie sind in dieses Dörfer gekommen, haben die Verbrechen begangen wie große Persönlichkeiten, unantastbar, aber vor dem Richter werden sie ganz klein, wenn sie versuchen, sich zu rechtfertigen. Und wenn sie verurteilt werden, dann haben die Opfer uns gesagt: „Mit diesen Wandergerichten, gebt ihr uns unsere Würde zurück, weil so verstehen zumindest die Familienmitglieder, dass wir nicht Schuld daran sind, was passiert ist, macht weiter mit diesen Wandergerichten.“ Für uns sind diese Wandergerichte wirklich zentral: Die Justiz muss funktionieren, sie muss korrekt funktionieren, mit guten Beamten, die Sprache der Frauen verstehen und deswegen schulen wir auch die Juristen. Denn häufig sagen die Frau nicht, „Ich wurde vergewaltigt“, wegen der Scham in unserer Kultur, die Frauen sagen „er hat Barbareien mit mir gemacht“ oder „er hat gemacht, was er mit mir machen wollte und ist weggegangen“. Also verlangen wir in diesen Momenten, dass man diese speziellen Gerichte hat im Kongo, damit diese schlimmen Gräueltaten wirklich bestraft werden. Denn wissen Sie, es gibt Täter, die sich in bestimmten Nachbarländern verstecken. Man muss sie bestrafen, muss sie alle bestrafen, all diejenigen, die Verbrechen begangen haben. Also ist es wichtig für uns, dass wir gemischtgeschlechtliche oder spezialisierte Kammern und Tribunale haben für den Kongo, damit

wirklich alle, alle Täter verurteilt werden, für sexualisierte und alle anderen Verbrechen, die sie in der Demokratischen Republik Kongo zu verantworten haben. Vielen Dank.

[00:40:51 - 00:44:58] Nene Morisho:

Hören Sie, ich denke, dass Frau Lusenge, das sehr gut dargestellt hat mit all diesen Gräueltaten, die wir im Kongo in der Bevölkerung haben, vor allem im Osten. Die ganzen Opfer, die Frauen, die Kinder im Besonderen... Und diese Gräueltaten dauern seit Jahren, seit Jahrzehnten an. Die Leute im Osten sind Opfer all dieser Kriege und dieser immerwährenden Konflikte. Und die Frage, die wir uns stellen sollten, ist, warum dauert das so lange an? Warum sind wir nicht in der Lage, das Ganze zu beenden, die Gräueltaten zu beenden? Natürlich gibt es darauf nicht nur eine einzige Antwort. Auf eine solche Frage kann es nicht nur eine Antwort geben. Es gibt verschiedene Aspekte zu beachten und eine dieser Antworten ist die Schwäche der Justiz. Für mich ist die Schwäche der Justiz etwas, was man in einen viel größeren Rahmen platzieren muss, die eine der Schwächen der Regierungsführung der DRC ist. Ich habe den Eindruck, dass wir sehr anspruchsvoll sind, was so manche staatliche Institution, die Abgeordneten und auch was die Regierung angeht, indem wir nach Rechenschaft verlangen, indem wir auf die Straße gehen und Rechenschaft verlangen. Aber wir ignorieren dabei komplett eine wichtige Institution: die Justiz. Und ich habe wirklich den Eindruck, dass wir Kongolesen noch nicht sehr anspruchsvoll der Justiz gegenüber sind. Wir verlangen keine Rechenschaft von den Beamten der Justiz, die können machen, was sie wollen. Wie Frau Lusenge sagte, man begeht ein schlimmes Verbrechen und wird nicht für zehn Jahre verurteilt, sondern für drei Monate. Und alle schweigen. Doch wenn das ein Irrtum der Regierung gewesen wäre, wären alle auf die Straße gegangen. Daher denke ich, dass es Zeit ist, und das ist sehr wichtig, dass wir Rechenschaft von der Justiz verlangen. Nur so werden die Leute aufwachen und sagen, dass der Justizapparat eine wichtige Instanz ist, um diese Gräueltaten zu beenden, diese langfristig zu beenden. Die Justiz muss genauso haftbar sein wie die anderen Institutionen. Ich denke, dass es eine der größten Herausforderung für die Demokratische Republik Kongo ist, wirklich die Straflosigkeit zu beenden, die all diese Täter schlimmer Verbrechen, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschenrechte, genießen. Und manchmal kennen wir sie und begegnen ihnen in der Stadt, aber sie sind so mächtig, dass die Justiz machtlos ist gegen sie. Und ich denke, wir im Kongo müssen wirklich über dieses Thema der Kriegsverbrechen und auch über das der wirtschaftlichen Verbrechen hinausgehen. Denn wenn ihr mit den jungen Menschen spricht, die aus diesen bewaffneten Gruppierungen kommen, sagen sie euch „das ist weil es die Arbeitslosigkeit gibt, weil wir keine Arbeit finden, gehen wir in diese bewaffneten Gruppierungen“. Also müssen auch die wirtschaftlichen Verbrechen in der Demokratischen Republik Kongo bestraft werden, und zwar von der Justiz. Ich

stimme mit allen überein, dass wir keinen langwierigen Frieden, keine Aussöhnung haben können, wenn die Justiz der Bevölkerung keine Rechenschaft vorlegt, wenn die verschiedenen Straftaten, die an der Bevölkerung verübt werden, nicht vor Gericht gebracht werden. Und wir im Pole Institut haben gemerkt, dass junge Leute eine wichtige Rolle dabei spielen. Deswegen bilden gezielt immer mehr junge Leute in sogenannten alternativen Universitäten aus, damit sie anfangen, Rechenschaft zu verlangen, und die juristische Haftbarkeit. Wir diskutieren mit den jungen Leuten der *Lucha*, mit jungen Leuten anderer zivilgesellschaftlicher Bewegungen, damit sie nicht nur auf die Regierung achten, sondern auch die andere wichtige Macht im Blick haben: die Justiz.

[00:57:42 - 01:04:19] Nene Morisho:

Ok, vielen Dank, ich denke, dass die Grundproblematik klar ist.

Es gibt eine dauerhafte Unsicherheit im Osten Kongos. Wir wissen, dass sie die Ursache für zahlreiche schlimme Straftaten ist, von denen wir vorhin gesprochen haben. Die Mehrheit dieser Straftaten wurde von wem begangen worden, aktuell, in der heutigen Zeit? Die Mehrheit der Verbrechen werden von bewaffneten Gruppen begangen, von Rebellenbewegungen, die im Wald des Nord-Kivu sind, die nicht sehr weit von der Stadt Goma sind. Circa 40-45 km von Goma entfernt gibt es schon bewaffnete Gruppen. Vor Kurzem wurde auch der italienische Botschafter 20 km von Goma entfernt getötet. Von der Miliz sagt man. Also, im Gegensatz zu dem was wir vor 10, 15 Jahren erlebt haben, sind diese bewaffneten Gruppen anders. Sie entstehen nicht mehr nur aus irgendwelchen Gemeinschaften, die die Gemeinschaft X gegen eine andere Gemeinschaft verteidigen wollen. Die Dynamik hat sich total verändert. Wir sehen gerade, dass die Mehrheit dieser bewaffneten Gruppen sich auf irgendwelchen politischen und vor allem wirtschaftlichen Grundlagen bilden. Politisch, weil sie Politiker in Kinshasa haben, die diese bewaffneten Gruppen brauchen, um auf die nationalen Einrichtungen Druck auszuüben, um Posten zu erhalten. Wir sehen auch, dass sich solche bewaffneten Gruppen immer mehr aus rein wirtschaftlichen Interessen begründen: Ich bezeichne sie daher nicht mehr als bewaffnete Gruppierungen, es sind mafiaähnliche Unternehmen. Gestern haben sich diese Personen noch bekämpft, heute finden wir sie in Gruppen, die sich zusammenschließen, um die natürlichen Rohstoffe zu erhalten. In den letzten Jahren haben wir mehrere Studien gemacht über diese bewaffneten Gruppen und das ist die Dynamik, die wir beobachtet haben: Hinter diesen Gruppengründungen steckt weder ein politisches noch ein soziales Ideal. Die Interessen sind rein und ausschließlich wirtschaftlicher Natur. Ich gebe Ihnen einige Beispiele. Es gibt die FDLR, die sehr dynamisch und aktiv ist im Nord-Kivu und die inzwischen fast komplett den Minensektor verlassen hat, von dem man meinen könnte, er sei attraktiv, aber jetzt ist sie im landwirtschaftlichen Bereich

und im Nationalpark Virunga aktiv. Jetzt bauen sie das Holz ab, um Brennholz zu produzieren, welches man zum Kochen benötigt. Und sie verwenden den Boden des Nationalparks Virunga und verpachten diesen an die Bevölkerung. Die Bevölkerung bezahlt ungefähr 20 \$ pro Hektar für bewirtschaftbare Flächen. Laut unserer Schätzung sind das ungefähr 44 Millionen \$ Profit, die jährlich gemacht werden, und das entlang der kompletten Handelskette. Die FDLR behält vielleicht 30-40 % der Erträge ein, die kongolesische Armee nimmt sich auch ihren Anteil, ebenso wie die kongolesische Polizei, die LKW-Fahrer etc.

Dahinter stehen wirtschaftliche Interessen, die so groß sind, dass es zu Gewalt kommt, wenn Sie sich gegen diese wirtschaftlichen Interessen auflehnen. Es gibt so viele Gräueltaten, die im Nationalpark Virunga begangen werden und von denen man auf internationaler Ebene nichts weiß, weil es die Rohstoffe, die Erze nicht direkt betrifft.

Das zweite Beispiel: Diese bewaffnete Gruppe ist gerade sehr mächtig, man nennt sie die „erneuerte NDC“. Diese Gruppe ist vor allem im Nord-Kivu, in Walikale beim Goldschürfen aktiv. Das Goldschürfen verschafft einen Profit von 11 Millionen \$ pro Jahr. Diese Gruppe ist sehr gewalttätig. Letztes Jahr, 2020, haben sie 29, 30 Schürfer ermordet, die sich gegen die Arbeitsbedingungen gewehrt haben. Die Verbrechen in den Gebieten des Rohstoffabbaus werden leider nicht genügend dokumentiert. Wir dokumentieren diese Verbrechen und nun muss man Mittel finden, um verstärkt etwas gegen diese Verbrechen zu tun. Was wir vor Ort festgestellt haben: Die Mehrheit der Initiativen, die auf internationaler Ebene gegründet wurden, sind gut bspw. der Dodd-Frank-Act, der OECD-Leitfaden für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln und der Beschluss zur Lieferkette der EU vom Januar 2021... Aber die Resultate, die sieht man noch nicht vor Ort. Die ursprüngliche Idee war, die Gräueltaten im Osten der DRC zu senken. Aber die Gewalt ist nicht weniger geworden, die bewaffneten Gruppen werden mehr und die Menschen sterben nur wegen all dieser Rohstoffe, die im Land sind. Ich denke mir, wir sollten uns wirklich mal die Frage stellen, wie sinnvoll sind diese Maßnahmen und Gesetze, wenn diese Maßnahmen zwar existieren, aber die Gewalt nicht sinkt, sondern steigt ebenso wie die Anzahl bewaffneter Gruppen? Was wir vor Ort sehen, ist, dass in den Bergwerken die Sicherheit besser wird. Das Problem ist aber um die Minen herum, in der Handels- und Lieferkette. Deswegen haben einige bewaffnete Gruppen die Minen verlassen, sie begehen keine Gräueltaten mehr im Bergwerk, sondern entlang der Lieferkette. Sie haben so viel Geld, dass sie inzwischen Händler geworden sind. Sie haben inzwischen sogar Wasserspeicher oder einen eigenen Rohstoffhandel aufgemacht. Es ist klar, dass der Mangel an Kontrolle und die schlechte Handhabung der natürlichen Rohstoffe im Osten dafür verantwortlich sind und dies erklärt auch, warum diese bewaffneten Gruppen aufsteigen konnten und es immer mehr Gräueltaten gibt.

[01:09:56 - 01:12:54] Nene Morisho:

Ja, vielen Dank. Ich habe sehr geschätzt, was Frau Bärbel gegen Ende ihres Vortrages gesagt hat. Und ich schätze auch die Antwort auf Ihre Frage: Man wird jede einzelne Etappe der Lieferkette kontrollieren. Was passierte in der Vergangenheit immer? Man schaute sich an, was in der Mine passierte und wenn man in der Mine keine Gewalt mehr sah, sagten alle internationalen Beobachter: „Es gibt keine bewaffneten Gruppen mehr. Wir haben die Leute befragt, es gibt keine Gewalt mehr.“ Daher wurde die Mine als grün deklariert und die Rohstoffe exportiert. Aber diese bewaffneten Gruppen sind wirklich schlau. Wir haben Mitglieder bewaffneter Gruppen gefunden, die alles daran gesetzt haben, dass die Bergwerke sicher sind, damit diese als grün deklariert werden und man weiter Rohstoffe exportieren kann. Die Gewalt hat sich nur innerhalb der Lieferkette verlagert. Deswegen denke ich, wenn wir Untersuchungen bei jeder Etappe machen und nach den Problemen sehen, dann werden wir sehen, dass in den Bergwerken keine Verbrechen mehr zu finden sind. Aber ich denke, es gibt noch ein anderes Problem, auf welches wir vor Ort gestoßen sind: Wer soll das bezahlen? In der Anfangsphase gibt es immer Projekte, die der Finanzierung dienen. Aber wenn die Förderung ausläuft, kommen Kosten hinzu und diese Kosten sind sehr hoch. Die Erze verlassen das Bergwerk, es gibt häufig Steuern, die darauf zu bezahlen sind. Sobald Projekte auslaufen, stellen wir fest, dass die Schürfer im Endeffekt die Kosten tragen. Ich denke, dass wir dieses Problem auf den Tisch packen müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass die vielen Gesetze keinen negativen Einfluss auf diese armen Kongolesen haben, die in diese Löcher kriechen und die Rohstoffe abbauen. Dieser ganze juristische Rahmen ist interessant, aber er darf nicht auf den Rücken der Kongolesen ausgetragen werden, die in diese Löcher kriechen. Ich denke, dass das deutsche Gesetz interessant ist, aber es darf nicht statisch sein. Die Deutschen müssen offen sein für Kritiken und Verbesserungsvorschläge– vor allem von den Leuten, die hier vor Ort sind und die sehen, was passiert.

[01:15:17 - 01:18:03] Nene Morisho:

Ja. Nein, ich wollte nur etwas hinzufügen, zu dem, was Frau Kofler gerade erklärt hat. Ich denke, dass die größten Herausforderungen nicht die Minen im Nord- und Süd-Kivu sind, in denen Coltan und Wolfram abgebaut wird. Wir wissen, dass dies wichtige Rohstoffe sind. Die internationalen und auch kongolesischen Organisationen fokussieren sich mehr auf Kobalt. Ich würde sagen, dass das Gesetz auf Kobalt setzt. Ich war vor zwei Wochen bzw. einem Monat in Kongoussi, der Hauptstadt des Kobalts. Die Grausamkeiten und auch die Menschenrechtsverletzungen finden in den Minen der

sogenannten roten Männer statt, im Nord-Kivu, wo Coltan und Zinn abgebaut werden. Dort beobachten wir ähnliches wie in den Kobaltminen. Eine angemessene Bezahlung ist auch ein Menschenrecht. Es gibt schlimme Verletzungen der Rechte der Frauen. Die Frauen dürfen nicht direkt in den Minen arbeiten und die Rohstoffe abbauen. Dies geschieht aufgrund eines lokalen Aberglaubens: Wenn eine Frau in eine Mine geht, dann wird das Kobalt verschwinden. Deswegen sind die Frauen gezwungen, Kobalt zu waschen und kleinere Mengen zu transportieren. Diese Arbeiten werden schlechter bezahlt, sie verdienen drei, vier Mal weniger als die Männer, die in der Mine arbeiten und Gold schürfen. Also denke ich, dass es sehr wichtig ist, wie auch Frau Kofler sagte, dass man weiterkämpft. Man darf sich nicht auf die drei Ts (Zinn, Wolfram und Tantal, Anm. d. Übers.) und das Gold beschränken. Man muss auch das strategisch wichtigste Erz, Kobalt, und vielleicht auch Lithium miteinbeziehen. In den Kobaltminen in Katanga gibt es schlimme Menschenrechtsverletzungen – an Kindern, die sechs, sieben, acht Jahre alt sind. Sie sind in den Bergwerken, sie haben keine Zukunft, weil sie Kobalt abbauen müssen. Dieses Kobalt sorgt dafür, dass wir Telefone und Computer haben.

[01:23:45 - 01:25:36] Julienne Lusenge:

Wir müssen eine Veränderung sehen, sobald das Gesetz in Kraft getreten ist, wie Morisho schon gesagt hat. Wir wollen eine Veränderung sehen. Es gibt so viele Gesetze und Verordnungen, aber unser Leiden wird jeden Tag schlimmer. Da fragen wir, was machen diese Gesetze? Wir möchten, dass die Unternehmen und die Personen, die das Gesetz nicht respektieren, bestraft werden. Es ist gut zu sehen, dass Deutschland sich positioniert und somit ein Zeichen setzt: Die Demokratische Republik Kongo kann nicht weiter dieses Leid und diesen fortwährenden Albtraum verursachen. Wir wollen auch, dass, wie Morisho gesagt hat, die Gesetzestexte vereinfacht werden. So kann die Bevölkerung erkennen, was passiert. Wir wollen das Gesetz vereinfachen, die Sprache vereinfachen und auch die Möglichkeit haben, Unterstützung zu erhalten. Um die Opfer weiter zu unterstützen, müssen wir langfristige Projekte haben, um die Situation und die Lebensumstände der Menschen zu verändern.

[01:29:56 - 01:32:26] Nene Morisho:

Ja, ich denke, dass Sie Recht haben. Es gibt verschiedene Kategorien von Rohstoffen, von Erzen. Es gibt einige, die in den Konfliktregionen geschürft werden. Das sind die drei Ts plus Gold. Die sind der Ursprung vieler Menschenrechtsverletzungen. Diese Debatte um die Rohstoffe existiert schon seit langer Zeit. Die Mehrheit der zu Verfügung gestellten finanziellen Mittel haben sich auf diese

Rohstoffe beschränkt. Aber es gibt auch Kobalt und Lithium, die seit einigen Jahren wegen der technologischen Entwicklung und der Elektromobilität wichtiger geworden sind. Man interessiert sich viel mehr für das, was beim Kobaltabbau passiert. Es finden auch da Menschenrechtsverletzungen statt, die nicht weniger schlimm sind als diejenigen, die in den Minen im Nord-Kivu, im Süd-Kivu und in Maniema passieren. Was aber positiv an diesen Minen ist, ist, dass es sehr wenig Kinder in den Minen gibt. Es gibt Kinder in den Minen der 3T. Man findet auch Kinder beim Kobaltabbau, in Kolwezi, in Fungurume usw. Wir wissen, dass es bestimmte Rohstoffe gibt, die in Konfliktgebieten abgebaut werden, und welche, wie Kobalt, die in nicht Konfliktgebieten abgebaut werden. Doch wir müssen auch einsehen, dass beide Erze zu demselben Problem führen: schlimme Menschenrechtsverletzung werden begangen. Das Ideal wäre, die Situation der Schürfer zu verbessern, um wirklich alle Menschenrechtsverletzungen zu beenden in beiden Abbauarten. Selbst wenn man die Abbauarten voneinander trennt, der Kampf ist der gleiche. Man muss den Menschenrechtsverletzungen ein Ende bereiten, und zwar sowohl im Coltanabbau als auch im Kobaltabbau.

[01:34:44 - 01:38:06] Nene Morisho:

Ja, könnte die Übersetzerin das bitte noch einmal wiederholen? Es gab technische Probleme. Der Ton war durcheinander und das Deutsche und das Französische war vermischt. Wenn die Übersetzerin das bitte noch einmal wiederholen könnte.

Ja, ich denke, dass ist eine Frage, die sehr wesentlich ist und die Funktionen vieler politischer und internationaler Organisationen betrifft. Wir hinterfragen hier die Effizienz der internationalen Hilfe. Wir sind in einem Bereich etwas kompliziert, das ist der Konfliktbereich. Hier ist das Ergebnis nicht immer so einfach zu erreichen. Die Indikatoren des Erfolgs sind nicht so einfach zu messen, weil sie häufig nicht quantifizierbar sind. Sichtbar ist der Sinneswandel der Bevölkerung, mit der wir arbeiten. Man muss vor Ort sein und mit den Schürfern reden. Wir arbeiten jeden Tag mit ihnen und wir fragen sie, welche Veränderungen gewirkt haben. Und da darf man nicht erwarten, dass man wichtige Veränderungen nach zwei, drei Jahren sieht. Es gibt nur ganz kleine Veränderungen, die man jeden Tag erreicht und wenn man das langfristig betrachtet, sieht man das. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Seit zehn Jahren behandeln wir das Thema, wie man die Lieferkette von Bergbauprodukten verfolgen und verbessern kann. Erst letztes Jahr haben wir es geschafft, eine Plattform zu kreieren, bei der die Schürfer selbst schlimme Verstöße melden können. Zehn Jahre hat das gedauert und jetzt ist es viel einfacher mit dieser Plattform. Sobald es ein schlimmes Ereignis in der Lieferkette gibt, landet die Information beim Pole Institut und wird direkt mit den Autoritäten geteilt. Wir haben illegale

Barrieren verschwinden lassen, wir haben illegale Steuern verschwinden lassen, weil die Bevölkerung, die Schürfer jetzt die Möglichkeit haben, diese Verstöße direkt zu melden. Die Arbeit wird nicht mehr nur vom Pole Institut gemacht. Das sind kleine Veränderungen, die man erreicht, in einem sehr schwierigen Kontext. Ein Kontext, in dem wir ohne die Unterstützung der Regierung arbeiten und diese manchmal sogar ein Hindernis ist. Wir haben eine schlechte Regierungsführung und die zivilgesellschaftlichen Organisationen versuchen mehr schlecht als recht, zurecht zu kommen. Um die Geldgeber zu beruhigen kann ich sagen, dass es regelmäßige Finanzprüfungen gibt. Sie sind unabhängig und die Evaluierung des Projekts wird generell von nicht-kongolesischen Beratern gemacht. Ich sage nicht, dass alle Projekte zum Erfolg führen, manchmal scheitert man, manchmal gibt es kleine Erfolge. Aber die Summe all dieser Erfolge vom Pole Institut, von der Organisation von Frau Lusenge, von anderen Organisationen, die kleinen Veränderungen, die man erreicht, die kann man in diesem Bereich sehen.

[01:39:28 - 01:43:04] Nene Morisho:

Ja, nun zur Frage, wie man das schaffen kann, dass die Überlebenden an den Gerichtsverhandlungen teilnehmen. Ich denke, das Erste wäre, sich zu vergewissern, dass das Justizsystem unabhängig ist. Denn derzeit sind diejenigen, die die Gräueltaten begehen, mächtiger als die Justiz. Das sind Generäle der Armee, Oberste der Armee, das sind Milizen... Aktuell haben wir gerade sogar einen Präsidenten aus dem Provinzparlament, der ein ehemaliger Milizangehöriger ist. Wie sollen die Überlebenden vor Gericht gehen? Klagen gegen wichtige Persönlichkeiten ohne unabhängiges Justizsystem mit ausreichenden Mitteln sind schwierig. Die Überlebenden als Zeugen vor Gericht zu bringen und sie zu bitten, gegen sehr mächtige Menschen auszusagen, die sogar wichtiger scheinen als die staatlichen Institutionen, ist auch schwer... Ich denke, die Reformierung des Justizsystem ist eine gute und wichtige Sache. Dies bringt mich zur zweiten Frage: Müssten neue Personen ausgebildet werden oder müssen wir mit den Menschen arbeiten, die bereits dort sind? Man muss bedenken, dass wenn wir jetzt erst neue Leute ausbilden, dies 50, 60 Jahre dauern wird, bevor wir ein funktionierendes Justizsystem haben. Bis dahin werden die Täter tot sein, die Opfer werden tot sein. Daher denke ich, dass man weitermachen muss mit den Richtern, die da sind. Parallel sollte man die jungen Leute ausbilden und diese für die Thematik sensibilisieren. Man müsste ein Justizsystem haben, das zur Rechenschaft gezogen werden kann. Aktuell ist es so, wenn ein Minister einen Fehler macht oder wenn ein Chef einen Fehler macht, dann werden die zur Rechenschaft gezogen. Aber von den Richtern, von denen hört man niemals, dass sie zu Rechenschaft gezogen werden. Das ist eine staatliche Institution, eine wichtige Macht, die jedoch vor niemandem Rechenschaft ablegen muss. Ich denke, man muss Haftbarkeit vom Justizsystem verlangen. Wir

verlangen im Grunde zu viel von der Regierung, von der Armee und so weiter, wenn die Rechte verletzt werden. Dann müssen wir dies aber auch von der Justiz verlangen. Ich denke, dass wir auf diesem Niveau eine Schwäche haben und ich denke, wir sollten einiges von der Justiz verlangen, während wir parallel auf der institutionellen Ebene reformieren und die Richter ausbilden müssen. Wenn da Fehler begangen werden, Fehlurteile abgegeben werden, dann müssen die Zivilgesellschaft und die Organisationen aufstehen. Ich arbeite hier schon mit jungen Leuten, die das machen und sie müssen auf die Straße gehen und von diesen Menschen verlangen, der Bevölkerung gegenüber Rechenschaft abzulegen. Denn im Endeffekt arbeiten sie mit unseren Steuern, unsere Steuern finanzieren sie. Daher müssen sie Rechenschaft ablegen.

[01:44:19 - 01:48:44] Nene Morisho:

Ja, ich denke wir sind gerade dabei in die richtige Richtung zu gehen. Es gibt mehrere Szenarien, die gerade aufkommen. Das erste Szenario ist, dass es gar keine Wahlen geben wird. Die aktuelle Präsidentschaft plant, dass man eine Volkszählung machen muss. Eine solche wurde seit 40 Jahren nicht gemacht, erst nach der Volkszählung dürfen die Wahlen stattfinden. Das ist ein wichtiges Szenario. Wenn man diese Volkszählung nicht machen kann, wird es eine schreckliche Krise geben. Also sollten alle Partner der Regierung einen Blick darauf haben. Das zweite ist, dass wir jetzt schon wirkliche Spannungen vor der Wahl erleben, wir erleben das gerade in der Demokratischen Republik Kongo. Viele denken, dass der Belagerungszustand eher eine politische denn eine militärische Entscheidung ist, wenn Tshisekedi anfängt, Militär in die bevölkerungsreichen Provinzen zu schicken – Nord-Kivu ist stark bevölkert– um die Wahlen 2023 vorzubereiten und zu betrügen.

Da gibt es gerade eine Diskussion, die aufkommt. Die Debatte der Kongolesität. Was heißt das? Wir sagen also, damit Menschen zur Wahl antreten können, müssen sie einen kongolesischen Vater und eine kongolesische Mutter haben. Was heißt das? Wir attackieren einen potenziellen gefährlichen Kandidaten, Moïse Katumbi. Ich weiß nicht, ob Sie ihn kennen, Moïse Katumbi ist ein Mestize. Der Vater ist weiß, er ist griechischen Ursprungs, und die Mutter ist Kongolesin. Weil das eben ein gefährlicher Kandidat ist für die Macht, versucht man, ein Gesetz in der Regierung durchzubringen, damit Moïse Katumbi kein Kandidat wird. Bei der Unbeliebtheit der aktuellen Regierung des aktuellen Präsidenten, falls er 2023 gegen Moïse Katumbi antreten sollte, wird bestimmt Moïse Katumbi bestehen. Das ist ein Typ, der relativ beliebt geblieben ist. Also gibt es schon kleine Mechanismen, die man versucht, einzusetzen, um sicher zu stellen, dass 2023 der amtierende Präsident die Wahlen gewinnt. Ich denke, dass die internationalen Partner des Kongos, unter denen auch Deutschland ist, ab sofort beginnen sollten, sich über die aktuelle politische Debatte im Kongo

zu informieren. Die kongolesische Zivilbevölkerung sollte diese Debatte zum Scheitern bringen. Die Sache mit der Kongolesität, das hat die Elfenbeinküste völlig zerstört. 10, 15 Jahre gingen dadurch verloren. Diese ganze Sache mit den Belagerungszuständen, das wissen wir alle, dass das nicht funktionieren kann. Aber wir sind dabei, die Wahlen für 2023 vorzubereiten. Ich denke, dass wir die aktuellen Ereignisse dahin lesen sollten und mit den Wahlen in Verbindung bringen sollten, die wir gerade vorbereiten. Und während der bilateralen Verhandlungen, Frau Kofler, die sie gerade führen, sind das Fragen, die man auf den Tisch legen sollte. Wenn Sie Informationen benötigen, wir können sie Ihnen regelmäßig liefern. Diese Debatte der Kongolesität, dass man einen kongolesischen Vater und eine kongolesische Mutter haben muss, um Kandidat zu sein, sie könnte extreme Spannungen auslösen. Moïse Katumbi ist ein bedeutender politischer Anführer und einige werden nicht akzeptieren, dass er ausgeschlossen wird.

Gestern habe ich ein Video von Jugendlichen aus Katanga erhalten, weil die Mutter von Moïse Katumbis Mutter aus Katanga ist. Die Jugend aus Katanga sagt, „Das sind die Kasaiens, die diese Geschichte mit dem Vater und der Mutter aus dem Kongo konstruieren und unseren Bruder Moïse Katumbi ausschließen.“ Wenn man mit solchen Geschichten anfängt, kann das wirklich schnell ausarten in einen interethnischen Konflikt, dessen Verästelungen und Konsequenzen noch nicht abschätzbar sind – das kann in alle Richtungen gehen.

Vielen Dank.